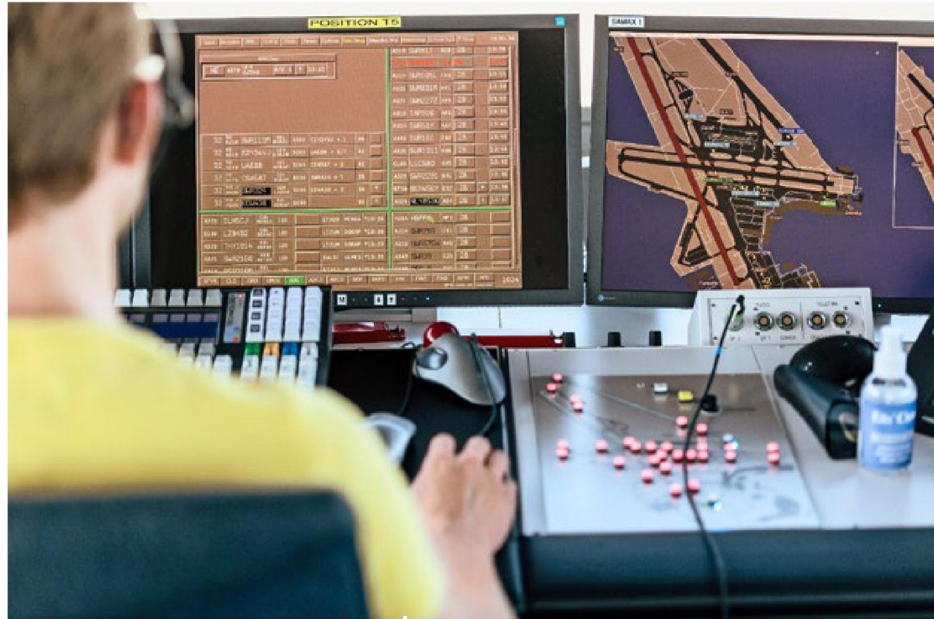




Fluglotse in Zürich-Kloten: Ab Januar 2016 soll Geld vom Bund für die Ausbildung fließen.
Foto: Koyatoo



Aerosuisse fordert vom Bund Geld wegen des teuren Frankens

Luftfahrtbranche will Abgeltung für Sicherheitskosten und Fördergelder für Piloten und Lotsen

Comelia Krause

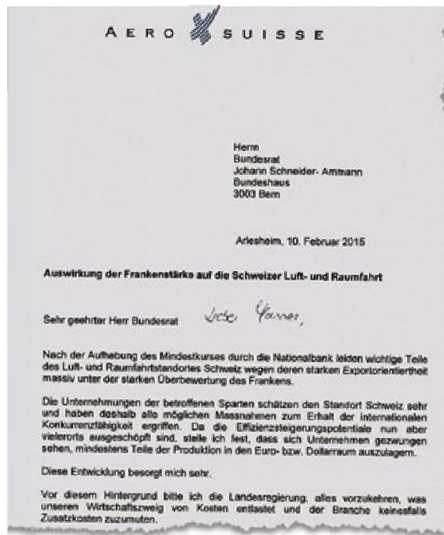
Zürich Nicht nur Industrie und Tourismus leiden unter der Frankenstärke, auch die Luftfahrtbranche gerät seit der Aufhebung der Eurountergrenze durch die Nationalbank zunehmend in Bedrängnis. Der Dachverband der Luft- und Raumfahrt, Aerosuisse, sieht Arbeitsplätze in Gefahr – und Handlungsbedarf seitens der Politik. In einem Brief an Wirtschaftsminister Johann Schneider-Amman schreibt Verbandspräsident Paul Kurrus, dass die Effizienzsteigerungsmaßnahmen vielerorts schon ausgeschöpft seien. Unternehmen sähen sich zunehmend gezwungen, mindestens Teile der Produktion in den Euro- und Dollarraum auszulagern, heisst es in dem Schreiben.

Im Dachverband sind rund 140 Mitglieder organisiert, von Regionalflughäfen über Airlines bis hin zum Technologiekonzern Ruag und der Schweizer Luftwaffe. Aerosuisse zufolge gibt es im Zusammenhang mit der Luftfahrt hierzulande 180'000 Arbeitsplätze und eine Wertschöpfung von über 30 Milliarden Franken.

Die Diplompilotenausbildung kostet rund 130'000 Franken

Um den Frankenschock zu lindern, fordert der Dachverband vom Bund unter anderem die Übernahme von Kosten im Bereich hoheitliche Sicherheit. Konkret geht es um Überwachungs- und Patrouillenaufgaben zur Terrorabwehr an hiesigen Flughäfen, für die jährlich 30 bis 40 Millionen Franken anfallen. Sie werden bislang von der Branche getragen und oftmals an Passagiere weitergegeben. «Es handelt sich um sachfremde Kosten, die in anderen europäischen Ländern teilweise oder sogar ganz von der öffentlichen Hand getragen werden», sagt Kurrus. Auch fordert der Verband vom Bund finanzielle Unterstützung für die Aus- und Weiterbildung.

Zwar hatte sich der Bundesrat bereits im Luftfahrtbericht 2004 zum Ziel gesetzt, Aviatikberufe finanziell zu för-



Brief an Schneider-Amman: Entlastung oder Abwanderung in den Euroraum

Konflikt zwischen der Europäischen Kommission und Skyguide

Die Euroschwäche kommt die Flugsicherung Skyguide teuer zu stehen. Das Unternehmen im Besitz des Bundes erwirtschaftet zwei Drittel seiner Erträge in Euro, und drei Viertel der Kosten fallen aber in Franken an. Unter anderem wegen eines in Euro bezahlten Vertrags zur Flugsicherung im französischen Luftraum dürfte Skyguide in diesem Jahr ein zweistelliger Millionenbetrag in Franken fehlen, schätzt Sprecher Vlad Barrosa. Dem Unternehmen droht infolge der Frankenstärke zudem ein Konflikt mit der Europäischen Kommission in Brüssel. Diese fordert bereits seit langem Kostensenkungen von Skyguide, da die Schweizer Flugsicherung die teuerste in Europa ist. Die Kosten hat Skyguide zwar bereits gesenkt, durch die Frankenstärke ist sie nun dennoch teurer geworden – etwa bei den Überfluggebühren, die in Franken festgelegt sind. Wie die Situation entschärft wird und wer für die Währungsaufschläge langfristig aufkommen muss, ist unklar. Wird die Schweizer Flugsicherung zu teuer, könnten Airlines die Schweiz womöglich sogar umfliegen.

dern, und auch das revidierte Luftfahrtgesetz sieht diesen Schritt vor. Geld ist aber noch immer keines geflossen. Dem Vernehmen nach regte sich Widerstand im Finanzdepartement.

Im dem Brief fordert der Verband nun eine schnellstmögliche Umsetzung. Eine entsprechende Verordnung, die gemeinsam mit dem Bundesamt für Zivilluftfahrt ausgearbeitet wurde, soll spätestens im zweiten Quartal in den Bundesrat kommen. Aerosuisse hofft, dass ab Januar 2016 alle lizenzierten Luftfahrberufe in den Genuss der Förderung kommen, zum Beispiel Fluglotsen oder Piloten. Bei den Piloten wird die Ausbildung bislang zum Grossteil von der Swiss und den Auszubildenden selbst finanziert. Die Kosten sind beträchtlich: Alleine die Diplompilotenausbildung beläuft sich auf rund 130'000 Franken; davon muss der Auszubildende mindestens 60'000 Franken selbst berappen.

Swiss prüft Verlagerung weiterer Stellen ins Ausland

Die neue Verordnung sähe nur noch eine geringe Eigenbeteiligung der Piloten vor. Die gesamte Luftfahrtbranche würde durch die Finanzspritze im Bereich Ausbildung um bis zu 35 Millionen Franken jährlich entlastet.

Das Thema steht seit langem oben auf der Agenda von Swiss-Chef Harry Hohmeister. Zudem klärt die Airline Massnahmen ab, um selbst auf den starken Franken zu reagieren. Spruchreif seien konkrete Massnahmen erst ab April, heisst es bei der Medienstelle. Hohmeister hat jedoch bereits deutlich gemacht, dass die Kosten weiter gesenkt werden müssen, etwa indem vermehrt günstigere Lieferanten aus dem Euroraum zum Zug kommen. Die Verlagerung von weiteren Swiss-Stellen ins Ausland sei ebenso nicht ausgeschlossen, heisst es in einem Interview im Personalmagazin. Hohmeister rechnet für die Swiss mit Währungsverlusten im mittleren dreistelligen Millionenbereich.

Kommentar – 20